

Parlamentarischer Abend der Freien Berufe

Am 21. November 2017 trafen sich die Freien Berufe in Sachsen zu ihrem alljährlichen Parlamentarischen Abend in Dresden. Unter den über 120 Gästen waren die Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts, Birgit Munz, der Sächsische Staatsminister für Europaangelegenheiten, Dr. Fritz Jäckel, die Sächsische Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Barbara Klepsch, sowie Abgeordnete des Sächsischen Landtages.

In seinem Statement ging Hans-Joachim Kraatz, Präsident des Landesverbandes der Freien Berufe (LFB) Sachsen, insbesondere auf die EU-Dienstleistungsrichtlinie ein. Er nannte in diesem Zusammenhang die wichtigsten „Aspekte der Deregulierung der Freien Berufe“ aus der DICE Studie:

1. Marktzutrittsregeln führen zu Wohlfahrtsverbesserung, höherer Markteffizienz und sichern Qualität.

2. In Vertrauensgütermärkten führt Regulierung, die den Preiswettbewerb einschränkt, zu mehr Qualität und höherer Markteffizienz (das heißt zu Wohlfahrtsgewinnen).



Zahlreiche Vertreter der Freien Berufe waren Gäste des Parlamentarischen Abends.

© LfB/fotografisch

3. Der gebräuchliche Produktivitätsbegriff ist nicht für freiberufliche Dienstleistungen konzipiert. Dies verhindert den objektiven Vergleich zwischen der Produktivitätsentwicklung von Gütern und Dienstleistungen.

4. Der OECD-Regulierungsindikator hat eine begrenzte Aussagekraft bezüglich der tatsächlichen Regulierungsdichte und -wirkung in den Freien Berufen in Deutschland.

5. Daraus kann man schlicht folgern, die Angriffe aus Europa – federführend durch die Kommission auf die Freien Berufe – sind nicht berechtigt, haben die falsche Grundlage und sind daher unverzüglich einzustellen. Hierfür sollten sich alle deutschen Abgeordneten einsetzen.

Der Präsident betonte deshalb, „dass keine weiteren Eingriffe in die Systeme der Freien Berufe vorgenommen werden dürfen. Insbesondere darf ein gewachsener Leistungswettbewerb nicht einem schrankenlosen Preiswettbewerb geopfert werden.“ Er forderte weiterhin, die funktionierenden, dem Verbraucherschutz und der Qualitätssicherung dienenden Elemente im Kern zu erhalten und die Identität der Freien Berufe während weiterzuentwickeln. Dazu gehöre auch die Tätigkeit von Angehörigen der Freien Berufe als Einzelunternehmer in eigener Verantwortung. Der Zutritt von ausschließlich am

Profit orientiertem Fremdkapital in den Bereich der Freien Berufe stelle die Gemeinwohlverpflichtung in Frage und müsse deshalb verhindert werden.

Unterstützt wurde er vom Sächsischen Staatsminister für Europaangelegenheiten, Dr. Fritz Jäckel. Dieser forderte die Freien Berufe in Sachsen auf, stärker als bisher öffentlich auf die Gefahren aus Brüssel für die Freien Berufe und den Verbraucherschutz hinzuweisen. Er sagte weiterhin seine Unterstützung zu, sich persönlich für den Erhalt der Selbstverwaltung stark zu machen.

Abgerundet wurde der Abend mit einem Vortrag über die Politik von August dem Starken. Der Historiker Christoph Pötzsch beschrieb sehr anschaulich die politischen Machtkämpfe im 17. Jahrhundert, die manchmal an heutige Situationen erinnern. Netzwerke, Standesklüngel und die Macht des Geldes waren damals die Schlüssel zum persönlichen und manchmal auch königlichen Erfolg. Wie schnell sich Machtpositionen jedoch ändern können, beschrieb Christoph Pötzsch anhand der Beziehung zwischen dem russischen Zaren und August dem Starken. Zum Krieg gegen die Schweden angestiftet, verlor August die polnische Krone und Sachsen viel Geld.



Dr. Fritz Jäckel, Chef der Sächsischen Staatskanzlei

© LfB/fotografisch

Knut Köhler M.A.
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit